

Nieder mit dem Bonner Terror

15 der lebenden 16 von den 18 führenden Physikern Westdeutschlands, die im April 1957 die berühmte Erklärung der „Göttinger Achtzehn“ gegen die Atomaufrüstung Westdeutschlands abgaben, an der Spitze die drei Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn und Werner Heisenberg, stehen auch heute fest zu ihrem damaligen Wort. Professor Dr. Otto Hahn erklärte, es sei heute wie vor vier Jahren die Meinung der Wissenschaftler, daß die Bundesrepublik sich noch am besten schützt und den Weltfrieden fördert, „wenn sie ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet.“ Professor Carl Fried-

nennen. Das militante Geschwätz vom Weltfriede geht am Thema vorbei.“ — Was geschieht? Adenauers studentischer Stoßtrupp ECDS tritt in Aktion, und eine gewisse Presse macht sich durch gewissenlose Hetze und verleumdende Anspielungen („Finanzierung aus ominösen Quellen“) mit zum Würger der Pressefreiheit. Artikel 5 des sogenannten Bonner Grundgesetzes? Was kümmern Leute dieses Schlages die Versicherung, jeder habe „das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten...“? Sie haben Auftrag, die „Linkstendenz“ niederzuschlagen, was in ihrem Vokabelverzeichnis offenbar für Verbreitung der Wahrheit steht.

In Marburg bildeten Studenten verschiedener politischer Richtungen (SDS, LSD) und einer Burschenschaft („Germania“) einen „Convent für gesamtdeutsche Arbeit“, der gemeinsam mit der FDJ-Kreisleitung unserer Karl-Marx-Universität Veranstaltungen der Verständigung organisiert hat. Hiergegen wurde gleich aus verschiedenen Röhren geschossen. Der „Deutsche Studenten-Anzeiger“, das Nachfolgerorgan des BNS-Neonazi-Blattes „Student im Volk“, nimmt die Beteiligung der Burschenschaft zum Anlaß wütender Beschimpfungen und der Forderung, das hier zutagegetretene „Übel“ „mit der Wurzel auszurotten“. Und jener Marburger Professor Schwinge, der als Profitor unbedingten Gehorsams im Mantel des Militärstrafrechters zum Globke der Kriegsverbrechen wurde und zur Verteidigung des berüchtigten SS-Generals Simon auftrat, der 1945 die Bretheimer Bürger Hanselmann, Gackstatter und Wolfmeyer erhängen ließ, weil sie bairischen Hitlerjugend die Waffen aus der Hand nahmen, — eben jener Schwinge ließ ein Kesselreden gegen verständigungsorientierte Marburger Kommilitonen in Szene setzen, das seinegleichen sucht. Schwinge selbst sprach höhnisch davon, daß er Fußangeln gegen solche Kommilitonen aufgestellt habe.

... und die Attacke des Herrn Storz gegen studentische Selbstverwaltung in Heidelberg

Beispiele dieser Art bringt jeder Tag in Westdeutschland zu Dutzenden auf neue. Daß diesen einzelnen Fakten eine Konzeption zugrundeliegt, machte der baden-württembergische Kultusminister Dr. G. Storz am 29. Mai 1961 in Heidelberg durch einige ausschließliche Bemerkungen über die studentische Selbstverwaltung deutlich. Herr Storz sprach den Vertretern der Studentenschaft faktisch jedes Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Universitätsinstitutionen (ihrer Institutionen und



Forum im Sommerlager der Chemiker

Programme, wie er sich ausdrückt) ab. Er wandte sich gegen jenen „Mißgriff“, der entsteht, wenn sich die Studentenschaft als Gewerkschaft sieht und gibt, also etwa gar auf dem Wege des Streiks Mehrleistungen der öffentlichen Hand zugunsten der studentischen Wohlfahrtsinstitutionen zu erzwingen sucht.“ Schließlich diffamierte er — wenn auch in einer durch Satzstellung verbirhten Form — kritische Studentenzeitschriften als „geltungssüchtige Winkelblättern“. (Er sagte: „Nörgeln als monotoner Tenor, Verwechslung von Widerspruch und Beleidigung — das sind die Merkmale geltungssüchtiger Winkelblättern. Mit ihnen Studentensituationen verwechseln zu können, sollte nicht versucht werden.“)

Ultras fordern Bundeskulturdiaktor

In diesen Motiven liegt auch der eigentliche Grund für die verstärkten direkten und indirekten Angriffe der Bonner Ultras auf die Kulturhoheit der westdeutschen Bundesländer und für ihre Forderung nach einem strammen und strikt durchgeführten Bundeskulturdiaktor. In Aussicht genommen wurde der Straußjünger und jetzige Atomminister, der IG-Farben-Mann Balke. Er soll jegliche geistige Opposition unterdrücken und zugleich den schon jetzt fortschreitenden Mißbrauch der Wissenschaft und der sie betreibenden durch das imperialistische System für die Atomkriegsvorbereitung zur Perfektion führen.

Und der nordrhein-westfälische CDU-Landeskulturminister Schütz, jener Schütz, der Professor Wegeners, Prof. Hagemanns und Frau Prof. Riemecke Vertreibung aus ihren akademischen Ämtern in Münster bzw. Wuppertal auf dem Gewissen hat, demonstrierte eben jetzt noch in einer anderen Sache, in wie haarsträubender Weise die Ultras kultur- und hochschulpolitische Interessen ihren engen parteiideologischen politischen Zwecken opfern: Obwohl vom Standpunkt des Bedürfnisses der Gesellschaft nach einer Universität bzw. Hochschule in Nordrhein-Westfalen Dortmund der geeignete Ort wäre, will er — kräftig assistiert von Adenauer-Neffen Adenauer, der bei Schütz als Staatssekretär fungiert — den Bau nach Bochum verlegen. Der Grund: Er will einen Schlag gegen die in Dortmund stählere „rote Mehrheit“ von SPD-Wählern führen, aus deren Haltung sich trotz des Verrats der Wehner und Brandt die von Bonn stärker als alles andere gefürchtete Möglichkeit ersten Widerstands gegen die imperialistische und militaristische Politik der Ultras ergibt. Er will ferner dem Adenauer besonders ergebenen Ruhr-Bischof Heugsbach eine Universität unter die Fittiche bringen — Bochum liegt im Bereich seiner Diözese, Dortmund nicht. Schließlich will er durch aufgeblähten Lärm zur Standortfrage von solchen Problemen wie der Erfüllung aller Forderungen der Wissenschaftsratsdenkschrift besonders in der inhaltlichen Konzeption der neuen Hochschule ablenken und so Fragen nach der Verwirklichung der in diesem Dokument von den Wissenschaftlern entwickelten Forderungen überhaupt verhindern.

Das sind die Methoden, die die Ultras schneller auf ganz Westdeutschlands Hochschulpolitik angewandt sehen wollen.

Gemeinsam für Friedensvertrag

(Fortsetzung von Seite 1)
Da auch unser tiefstes Anliegen die Erhaltung des Friedens ist, möchten wir Ihnen unsere Meinung zu Ihrer Unterschriften-Aktion unterbreiten.
Die in westdeutschen Presseorganen veröffentlichten Meldungen zeigen eindeutig, daß der Vorschlag einer Friedenskonferenz der breiten Widerhall unter allen friedliebenden Deutschen gefunden hat, in dem von Ihnen zur Unterschrift vorgelieferten Text in sein Gegenteil verwandelt werden soll. Unter Mißachtung der akademischen Gepflogenheit der wahrheitsgemäßen Information wird zum Beispiel der Friedenskonferenz u. a. das Ziel gestellt, „den Separatfrieden des Ostblocks mit der Sowjetunion zu „erschweren“, als sei das von der DDR und der Sowjetunion angestrebte Ziel nicht ein Friedensvertrag mit ganz Deutschland.“ Der Sinn der von Staatsrat, Regierung und Volkskammer der DDR sowie der Sowjetregierung vorgeschlagenen Friedenskonferenz besteht aber gerade darin, gemeinsam den Abschluß eines Friedensver-

Ultras fordern Bundeskulturdiaktor

In diesen Motiven liegt auch der eigentliche Grund für die verstärkten direkten und indirekten Angriffe der Bonner Ultras

bourgeois „Deutschen Zeitung“, Köln, vom 1. Juli 1961 sprechen, die ich in vollem Wortlaut anführe:

„Die Studenten leben gar nicht so billig. 270 D-Mark braucht ein Student durchschnittlich im Monat zum Leben. Das geht aus einer Untersuchung des Deutschen Studentenwerks (DSW) an den Universitäten in Bonn und München hervor. Danach geben die Studenten monatlich für Wohnungskosten 63,38 D-Mark, für Verpflegung und Genußmittel 30,12 D-Mark und für Kleidung 39,88 D-Mark aus. Für Hygiene- und Arztkosten wurden 8,44, für Lernmittel 45,95 D-Mark und für monatliche Ausgaben an Geschenken, Bewirtungen und Kino 18,39 D-Mark angegeben. Die Fahrtkosten zu den Eltern betragen durchschnittlich 11,77 D-Mark. Die Angaben des Studentenwerks werden jedoch in studentischen Kreisen als unzutreffend angesehen, weil sie ein proletarisches „Lebensniveau“ als Maßstab anlegten. Die Studenten argumentieren damit, daß man sich bei täglich 3 D-Mark für Verpflegung weder Bohrenkaffee noch Zigaretten oder Obst kaufen könne. Auch die Wohnungskosten seien zu niedrig angesetzt. Bei einer Befragung des Allenbacher Instituts für Demoskopie hatten die

angeführt. Auf die Frage, mit welchem monatlichen Betrag man ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten studieren könne, antworteten 32 Prozent der Befragten mit 250 bis 300 D-Mark; 23 Prozent gaben 300 bis 350 D-Mark und 21 Prozent 350 D-Mark und mehr an.“

Dieser Meldung des Kölner Monopolistenblattes ist zum vollen Verständnis der Lage nur folgendes hinzuzufügen:
Nicht mehr als 14 Prozent der westdeutschen Studenten erhalten Stipendium nach dem sogenannten „Honnefer Modell“, obwohl man 1956/57 sogar (!) mit 20 Prozent begonnen hatte.

Die infolge der Preiserhöhungen unumgängliche und in verschiedenen Wirtschaftszweigen durch den Kampf der Arbeiter und der anderen Werktätigen erkämpften Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen wurden, wenn Sohn oder Tochter studieren wollten, doppelt und dreifach wieder aus der Tasche gezogen. Die sogenannte „Bemessungsgrundlage“ wurde seit 1956 nicht verändert, und zur Beruhigung der Wähler aus diesen Kreisen wird jetzt mit einer Unprozentigen Anhebung ab nächstem Jahr Reklame gemacht. Sogar westdeutsche Blätter, wie zum Beispiel die „Stuttgarter Zeitung“, sehen sich gezwungen, diese Ankündigungen als „halb und versippt“ zu bezeichnen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Zahl der Darlehensnehmer laut Geschäftsbericht der Studentischen Darlehenskasse e. V. im Jahre 1960 gegenüber 1959 um 40 Prozent gestiegen ist.

Ein interessantes Seminar zum Thema „Widerstand“
So ist die wahre, politische und materielle Situation, in der sich ein großer Teil der westdeutschen Studentenschaft befindet. Aber gewisse Kreise kommen sich dennoch „heldisch“ vor, wenn sie darüber großzügig hinwegsehen und Krisenzustände nicht hierin erblicken, sondern bei uns suchen, um sozusagen einen studentischen Beitrag zur Hetzkampagne Lennart gegen die DDR zu leisten. BCDSer in Westberlin wollten von solchen hehren Antrieben bewegt, sogar ein Seminar über den Widerstand gegen den Faschismus in der Hitlerzeit in eine Propaganda an unsere Studenten ummünzen, Widerstand gegen den Arbeiter- und Bauern-Staat zu leisten. Aber sie fielen herein. Ich zitiere, was das Westberliner CDU-Blatt „Der Tag“ vom 20. Juli 1961 zu beklagen hat:

Trotz wiederholter Bemühungen des Diskussionsleiters, die Aussprache in diesem Rahmen zu halten, gibt sie immer wieder, veranlaßt durch die linksgerichteten Studentengruppen, in reine parteipolitische Auseinandersetzungen ab, die nicht selten in massiven Angriffen gegen die Bundesrepublik gipfeln. Es wurde mehr oder weniger offen zum Widerstand gegen die Bundesrepublik aufgerufen, bei der man sogar Ansätze zu einer ähnlichen Entwicklung wie im Dritten Reich zu sehen demigsten Freiheit durch die „übergeword-

glaube... Obwohl Winfried Tompa (BCDS) bei der Frage, wann Widerstand gerechtfertigt sei, die Diskussionsleiter auf-forderte, die Verhältnisse in der Zone einmal in den Mittelpunkt zu stellen, hielt es der Vertreter der ESG für vorzuziehender, sich um Algerien und Angola zu kümmern, wo Menschen zu Tausenden hingerichtet würden, während ihm aus der Zone kein derartiger Fall bekannt sei.“

Hieran ist nicht nur interessant, daß der „Tag“ die „Evangelische Studentengemeinde“ als linksgerichtet einrangiert, sondern vor allem, daß ein aktionsfähiger Teil der Westberliner Studenten (und ähnliches gilt für die westdeutschen Kommilitonen) nicht auf den durchdringenden Schwindel von der „Zwangslage“, „Versorgungskrise...“, von den „Zweifeln der Studenten in der Zone“ hereinfällt, sondern die Parallelen erkennt, die zwischen der Entwicklung des Staates der Adenauer und Strauß und des Hitler-Staates bestehen, und die Einsatzbereitschaft und Kampf gegen das Regime der Atomkriegsrüstung von jedem wirklichen Demokraten erfordern.

Die von solchen Positionen aus geführten Diskussionen tragen zum Verständnis der Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages bei. Sie müssen — um des Beitrags auch der westdeutschen Wissenschaftler und Studenten zum Frieden unseres Volkes willen — zum Ausgangspunkt einer gründlichen Aussprache über den Deutschen Friedensplan nicht nur an unseren, sondern auch den westdeutschen Universitäten werden.

Friedensvertrag — entscheidende Hilfe für demokratische Kräfte an westdeutschen Universitäten

Worin besteht der Nutzen des Friedensvertrages für die westdeutschen Universitäten? Was hat der Deutsche Friedensplan den westdeutschen Professoren und Studenten zu sagen?

Der Friedensvertrag nützt allen gutwilligen Deutschen, denn er zeigt: Die Militaristen kommen nicht durch! Im besonderen schützt der Friedensvertrag die Universitäten Westdeutschlands vor ihrem Mißbrauch zur Atomkriegsvorbereitung und vor dem Untergang im Atomkriegsinferno, dessen Ausbruch von Monat zu Monat gefährlicher droht, wenn den Ultras nicht sofort mit Hilfe des Friedensvertrages noch 1961 entschieden Einhalt geboten wird.

Mit dem Abschluß eines Friedensvertrages — auch wenn er zunächst nur mit der DDR zustande kommt und durch spezielle Westberliner Vereinbarungen zwischen unserer Republik und den Westmächten ergänzt wird — wird allen demokratischen Kräften an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen eine entscheidende Hilfe gegeben in ihrem Kampf gegen die völlige Aushöhlung und Vernichtung der aka-

demie Instanz“ à la Balke-Ministerium, durch Lipschitz- und Schröder-Polizei, Storz-Attacken, Schwinge-Fußangeln usw. Ihnen wird Hilfe gegeben für die Lösung der ungeheuer wichtigen Aufgabe, die unmittelbare Agentur des Bonner Kriegsministers Strauß in Gestalt der sogenannten „Wehrkundengruppen“ schleimig aus dem Universitätsleben zu verbannen und die Forderung auf ein wirklich wirksames Verbot der Neonazi-Studentenorganisation BNS durchzusetzen. Der Kampf der demokratischen Kräfte gegen revancharische Ambitionen fast aller Burschenschaften wird erleichtert, wenn die Halbtatschen dieser Ambitionen durch den Friedensvertrag auf völkerrechtlich höchster Stufe dokumentiert worden ist. Der Abschluß des Friedensvertrages hilft den demokratischen Kräften auch, der Offensive der kalten Krieger vom Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ zu begegnen, die dem Ergebnis ihrer kürzlich in Göttingen abgehaltenen Tagung zufolge die Adenauer-Strauß-Politik unter dem Titel „Staatspolitische Seminare“ und den Lemmingsplan des Menschenhandels und der Aufweichung der DDR unter der Devise „Hochschulprogramm mit gesamtdeutschem Aspekt“ forciert in den Universitäten durchzusetzen wollen.

Einen Vorgeschmack dessen vermitteln die Vorgänge um die Unterschriften-Aktion zur Friedenskonferenz an der Heidelberger Universität. (Deswegen ist — so wäre nachträglich hinzuzufügen — die Initiative, die mit dem Brief der Chemiker an ihre Heidelberger Kommilitonen vom Fach ergriffen wurde, sehr zu begrüßen. (Näheres zu diesem Brief siehe Seite 1. Diese Initiative, die man als eine „Aktion Wahrheit nach Westdeutschland“ bezeichnen könnte, kann zu einem wichtigen Beitrag der Wahlvorbereitung zum 17. September und des ganzen weiteren Kampfes um den Friedensvertrag werden.)

Richtig verstanden, liegt die Bedeutung des Friedensvertrages für die Kommilitonen und Herrn Kollegen an den westdeutschen Universitäten also nicht etwa darin, daß er ihren Kampf erübrige, sondern alles Bese. Das wäre eine gefährliche, Passivität und fatalistische Neigungen nährend Illusion. Es geht vielmehr darum, daß die westdeutschen Universitätsangehörigen die vom deutschen Militarismus ausgehende Gefahr voll erkennen und — gestützt auf den Friedensvertrag — mit größtem Nachdruck für die allseitige Wiederherstellung ihres Selbstbestimmungsrechts eintreten: Sowohl auf dem Boden der Universität als auch außerhalb ihrer Mauern. Sie werden Erfolg haben, wenn sie sich der großen Sammlungsbewegung gegen die Atomkriegsvorbereitung in Westdeutschland anschließen und das Zusammenwirken mit unserer Republik und ihren akademischen Repräsentanten nicht scheuen.

*) Aus einleitenden Ausführungen auf einem Forum. Näheres siehe Seite 1. Einem weiteren Auszug über Aufgaben, die sich für die Angehörigen unserer Universität ergeben, veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe.

Universitätszeitung, Nr. 21, 1. 8. 1961, S. 3